Arbeit zu einer Veränderung auf diesem Gebiet beizutragen.

In diesem Zusammenhang kommt der Tätigkeit der Arbeitsschutzbeiräte bei den Staatsanwälten der Bezirke große Bedeutung zu.

Die Arbeitsschutzbeiräte sind im Jahre 1957 gebildet worden. Sie setzen sich aus Mitarbeitern der Bezirksstaatsanwaltschaft und mehreren Kreisstaatsanwälten zusammen. Der Arbeitsschutzbeirat beim Staatsanwalt des Bezirks Leipzig hat außerdem je einen Vertreter der Bezirksarbeitsschutzinspektion und der Arbeitsschutzinspektion Leipzig-Stadt zur ständigen Mitarbeit herangezogen.

Die erste Aufgabe des Arbeitsschutzbeirates war es, sich einen Überblick über das Unfallgeschehen im Bezirk, die Untersuchung von Arbeitsunfällen durch die Arbeitsschutzinspektion und die Volkspolizei und die Anklagepolitik und Rechtsprechung bei Arbeitsschutzdelikten zu verschaffen sowie die Schwerpunkte auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes im Bezirk festzustellen. Einer dieser Schwerpunkte ist nunmehr die Durchsetzung der Einhaltung der Arbeitsschutzanordnungen in den LPGs.

Auf diesen Feststellungen aufbauend, ist es Sache des Arbeitsschutzbeirates, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine ständige Verbesserung der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und die immer intensivere Einflußnahme der Staatsanwälte auf die Entwicklung des Arbeitsschutzes in ihrem Tätigkeitsbereich zu garantieren. Die Mitglieder tragen Erfahrungen bei der Bearbeitung von Arbeitsschutzverfahren und aus der gesamten staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit hinsichtlich des Arbeitsschutzes zusammen, beraten darüber und verallgemeinern das Positive zum Nutzen aller Staatsanwälte. Darunter fallen die Beratungschwieriger Rechtsfragen, das Herangehen an die Verfahrensbearbeitung, das Aufzeigen von Wegen der breitesten Auswertung von Arbeitsschutzverfahren vor den Werktätigen, aber z. B. auch das Feststellen und Signalisieren von Unzulänglichkeiten in den Arbeitsschutzanordnungen, die sich bei der Bearbeitung von Arbeitsschutzverfahren herausstellen. Nicht zuletzt orientiert der Arbeitsschutzbeirat die Staatsanwälte auf neue Aufgaben bei der Durchsetzung des Arbeitsschutzes und weist auf die zu deren Realisierung erforderlichen Mittel hin.

Der Arbeitsschutzbeirat beim Staatsanwalt des Bezirks Leipzig hat sich bereits Anfang des Jahres bei der Ausarbeitung des Arbeitsplans für das erste Halbjahr 1960 darüber Gedanken gemacht, wie die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft zur Verbesserung des Arbeitsschutzes in der Landwirtschaft beitragen kann und wie die für den Arbeitsschutz Verantwortlichen in den landwirtschaftlichen Betrieben in ihre Pflichten am schnellsten und überzeugendsten eingewiesen werden können. Das Augenmerk wurde dabei auf den ersten vollgenossenschaftlichen Kreis der Republik, den Kreis Eilenburg, gelegt. Im Arbeitsplan wurde festgelegt, im April eine Tagung des Beirates in Eilenburg durchzuführen und dazu die verantwortlichen Mitarbeiter des Rates des Kreises, Vertreter der Volkspolizei, der Justizorgane und der landwirtschaftlichen Betriebe einzuladen. Ziel dieser Tagung war es, durch eine Verallgemeinerung der Arbeitsergebnisse im Kreis Eilenburg die Grundlage für die Anleitung aller Kreisstaatsanwälte im Bezirk zur Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsschutz in der Landwirtschaft zu schaffen.

Obwohl im Einladungsschreiben besonders auf die Bedeutung der Tagung hingewiesen worden war, mußten die Mitglieder des Arbeitsschutzbeirates gerade das Fehlen des in der Hauptsache betroffenen Personenkreises feststellen. Von den Genossenschaftsbauern

war nur der Arbeitsschutzbevollmächtigte einer LPG anwesend, und auch der eingeladene MTS-Direktor blieb der Tagung unentschuldig fern.

Allein die mangelhafte Teilnahme der Eingeladenen unterstrich, daß es die örtlichen Organe der Staatsmacht an der verantwortlichen Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes fehlen ließen. Es ist einleuchtend, daß eine ungenügende Arbeit der Organe der staatlichen Verwaltung auf diesem Gebiet nicht positiv, sondern negativ auf die landwirtschaftlichen Betriebe ausstrahlt. Die von der Arbeitsschutzinspektion auf der Tagung des Beirates vorgetragenen Beispiele wiesen auf ideologische Unklarheiten hin, deren Ursache aber am wenigsten bei den betroffenen Genossenschaftsbauern zu suchen sind. Sie gehen in erster Linie auf Versäumnisse der Organe der staatlichen Verwaltung im Kreis zurück, die es bisher nicht im genügenden Maße verstanden haben, bei ihren Anleitungen die Probleme der Erfüllung der Marktproduktion mit den Fragen des Arbeitsschutzes in den einzelnen LPGs zu verbinden. Jetzt, wo es darauf ankommt, das planmäßige Marktaufkommen zu erfüllen, muß allen Genossenschaftsmitgliedern der enge Zusammenhang gezeigt werden, der zwischen der Einhaltung der Arbeitsschutz- (und auch Brandschutz-) Bestimmungen und der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Erfüllung des Planes der Marktproduktion besteht.

Die Erläuterung der Arbeitsschutzbestimmungen muß damit beginnen, im Vorstand und in der Mitgliederversammlung Klarheit über die Verantwortlichkeit im Arbeitsschutz zu erzielen. Nach der Richtlinie über die Organisation des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit in den LPGs vom 8. April 1954 (ZBl. S. 167) ist der Vorsitzende der Genossenschaft für die Sicherheit der Menschen in der LPG verantwortlich. Dieser Grundgedanke wird auch in der Empfehlung für die Ausarbeitung der inneren Betriebsordnung der LPG vom 6. August 1959 (GBI. I S. 657) dargelegt, in der klar und eindeutig die persönliche Verantwortung des Vorsitzenden für die Einhaltung der Arbeitsschutzanordnungen hervorgehoben wird. Gleichzeitig ist in dieser Empfehlung auch festgelegt, daß die Brigadiere bzw. Leiter von Nebenbetrieben und Arbeitsgruppen persönlich für die Durchführung und Einhaltung der Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der in ihrem Arbeitsbereich Tätigen verantwortlich sind. Die Brigadiere bzw. Leiter von Nebenbetrieben und Arbeitsgruppen haben monatlich eine Arbeitsschutzbelehrung durchzuführen, die protokollarisch festzuhalten und durch die Unterschrift der Brigademitglieder zu bestätigen ist.

Sollen diese Aufgaben nicht nur formal, sondern auch inhaltlich richtig durchgeführt werden, müssen wir den Genossenschaftsbauern, die diese neuen Aufgaben jetzt zu erfüllen haben, die größte Unterstützung geben. In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Ausführungen Walter Ulbrichts auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Leipzig beachten:

„Der erste Schritt war der Zusammenschluß zu Genossenschaften, aber die Hauptsache ist doch jetzt der Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit, die genossenschaftliche Arbeitsordnung, die Überzeugung der Bauern, damit sie aus eigener Initiative in den Brigaden richtig arbeiten (vom Verf. hervorgehoben), damit durch die genossenschaftliche Arbeit die Marktproduktion steigt, damit der Viehbestand höher wird als früher, wo es im Dorfe LPG und Einzelwirtschaften gab.“³

Gleichzeitig betonte Walter Ulbricht:

„Und wenn Bauern manche neuen Aufgaben (v. Verf. hervorgehoben) nicht sofort verstehen, so“¹⁰

³ W. Ulbricht, *Höhere Qualität der Arbeit — Kettenglied im Kampf für den Frieden und Sozialismus*, ND, Ausg. B, vom 10. Juni 1960, S. 5.